

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIV
 Einführung.....	 1
 1. Teil: Die Anspruchskonkurrenz bei deutschen Inlandssachverhalten	 15
§ 1 Historische Entwicklung der Konkurrenzlehre	15
§ 2 Begriff und Methodik der deutschen Anspruchskonkurrenz	31
§ 3 Theorie der Anspruchsnormenkonkurrenz	50
§ 4 Ergebnisse zum ersten Teil.....	61
 2. Teil: Das Konkurrenzverhältnis im Ausland.....	 62
§ 5 Das Konkurrenzverhältnis bei französischen Inlandssachverhalten	62
 3. Teil: Grenzüberschreitende Anspruchskonkurrenz im Unionsrecht.....	 79
§ 6 Anspruchskonkurrenz im europäischen Internationalen Privatrecht.....	79
§ 7 Anspruchskonkurrenz im europäischen Internationalen Zuständigkeitsrecht	128
§ 8 Ergebnisse zum Unionsrecht	198

4. Teil: Grenzüberschreitende Anspruchskonkurrenz im autonomen Recht.....	199
§ 9 Anspruchskonkurrenz im autonomen Internationalen Privatrecht	199
§ 10 Anspruchskonkurrenz im autonomen Internationalen Zuständigkeitsrecht	206
§ 11 Ergebnisse zum autonomen Recht	232
 Schlussbetrachtung	 233
 Gesamtergebnisse in Thesenform	 235
Literaturverzeichnis.....	237
Sachregister	305

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIV

Einführung.....	1
-----------------	---

A. Forschungsfrage.....	2
B. Themenbegrenzung und erste Begriffsbestimmungen	4
I. Begrenzung auf vertragliche und deliktische Anspruchskonkurrenz	4
1. Begriff des materiellen Anspruchs	5
2. Begriff des prozessualen Streitgegenstands	6
II. Begrenzung auf allgemeine Anknüpfungsregeln im Internationalen Privatrecht.....	7
III. Begrenzung auf internationalen Vertrags- und Deliktsgerichtsstand	8
C. Forschungsstand und verbleibende Forschungslücke.....	9
I. Zusammenfassung bereits bearbeiteter Forschungsfelder.....	9
II. Verbleibender Forschungsbedarf	10
D. Methode.....	11
E. Gang der Untersuchung.....	12

1. Teil: Die Anspruchskonkurrenz bei deutschen Inlandssachverhalten	15
--	----

§ 1 Historische Entwicklung der Konkurrenzlehre	15
A. Begriffsentwicklung: Von der Klagenkonkurrenz zur Anspruchskonkurrenz	15
I. Die prozessuale Klagenkonkurrenz im römischen Recht.....	15
II. Die materielle Klagenkonkurrenz bei <i>Savigny</i>	16

III. Die Geburtsstunde der Anspruchskonkurrenz	17
1. Windscheids Kritik an Savignys Verständnis der <i>actio</i>	18
2. Windscheids Anspruchsbegriff	18
3. Konsequenzen für die Konkurrenzlehre.....	19
a) Anspruchskonkurrenz im materiellen Recht.....	20
b) Eigenständiger Streitgegenstandsbegriff im Prozessrecht.....	20
B. Entwicklung der Anspruchskonkurrenz im materiellen Recht	21
I. Anspruchskonkurrenz bei Windscheid	21
II. Anspruchskonkurrenz nach Schaffung des BGB.....	21
III. Freie Anspruchskonkurrenz nach Dietz.....	22
IV. Einwirkende Anspruchskonkurrenz	23
C. Parallelentwicklungen zur Anspruchskonkurrenz im Prozessrecht.....	24
I. Identität von materiellem und prozessuellem Anspruch in CPO und BGB	24
1. Übernahme von Windscheids Anspruchsbegriff	25
2. Probleme der Gleichsetzung von materiellem Anspruch und Streitgegenstand	26
a) Prozessuale Gründe.....	26
b) Materiell-rechtliche Gründe	26
II. Entkopplung des Streitgegenstandsbegriffs.....	28
1. Eingeschränkt prozessuale Streitgegenstandstheorien	28
2. Rein prozessuale Streitgegenstandstheorien	28
a) Zweigliedriger Streitgegenstandsbegriff	29
b) Eingliedriger Streitgegenstandsbegriff	29
3. Exkurs: Weitere Streitgegenstandstheorien	30
D. Ergebnisse zur historischen Entwicklung der Anspruchskonkurrenz	30
§ 2 Begriff und Methodik der deutschen Anspruchskonkurrenz	31
A. Positive Voraussetzung: Ansprüche aus demselben Lebenssachverhalt.....	32
I. Derselbe Lebenssachverhalt.....	32
1. Abhängigkeit der Konkurrenzlehre vom Begriff des Lebenssachverhalts	33
2. Abhängigkeit des Begriffs des Lebenssachverhalts von der Konkurrenzlehre.....	33
II. Personenidentität auf Gläubiger- und Schuldnerseite.....	34
III. Gleichrangige Normen mit Geltungsanspruch.....	35
B. Negative Voraussetzung: Keine Gesetzeskonkurrenz	35
I. Begriff der Gesetzeskonkurrenz.....	36

II. Voraussetzungen der Gesetzeskonkurrenz im Strafrecht.....	36
1. Spezialität	37
2. Subsidiarität	38
3. Konsumtion.....	38
III. Voraussetzungen der Gesetzeskonkurrenz im Zivilrecht.....	39
1. Formal-begriffliche Verdrängung.....	39
a) Bedeutung der Tatbestände	39
b) Bedeutung der Rechtsfolgen	40
c) Keine formal-begriffliche Verdrängung zwischen Vertrag und Delikt	41
2. Teleologische Verdrängung.....	42
a) Bedeutung der Tatbestände	42
b) Abschließende Regelung wegen Zweckvereitelungsgefahr	43
c) Keine teleologische Verdrängung zwischen Vertrag und Delikt	44
3. Voluntative Verdrängung	44
a) Abgrenzung zur teleologischen Verdrängung.....	44
b) Synonyme der elektiven und alternativen Konkurrenz.....	45
c) Einordnung als Fall der Gesetzeskonkurrenz.....	46
d) Keine voluntative Verdrängung zwischen Vertrag und Delikt.....	46
IV. Zwischenergebnis zur Gesetzeskonkurrenz.....	47
C. Unproblematische Fälle der Anspruchskonkurrenz: Die Anspruchshäufung	47
I. Anspruchshäufung bei divergierender abstrakter Rechtsfolgenbehauptung.....	47
II. Anspruchskonkurrenz bei identischer abstrakter Rechtsfolgenbehauptung.....	48
D. Ergebnisse zu Begriff und Methodik der deutschen Anspruchskonkurrenz	49
§ 3 Theorie der Anspruchsnormenkonkurrenz	50
A. Der materielle Anspruchsbegriff als Ausgangspunkt.....	50
I. Modifikation des materiellen Anspruchsbegriffs.....	50
1. Kritik am Verständnis der Funktion des Anspruchsbegriffs der h. M.	51
2. Kritik innerer Widersprüchlichkeit der herrschenden Konkurrenzlehre.....	52
II. Streitgegenstandsbezogener Anspruchsbegriff als Gegenentwurf	52

1. Durch Person und Leistung individualisierter Anspruchsbegriff.....	52
2. Konsequenz für die Konkurrenzlehre	53
a) Grundsätzlich: Einheitsanspruch	53
b) Ausnahmsweise dennoch Anspruchskonkurrenz	54
3. Konsequenz für Verfügungskonstellationen	54
B. Modifikation des prozessualen Streitgegenstandsbegriffs.....	55
I. Keine gänzliche Gleichstellung von Anspruch und Streitgegenstand	55
II. Materieller Streitgegenstandsbegriff	56
C. Stellungnahme	56
I. Modifikation des materiellen Anspruchsbegriffs.....	56
1. Untergeordnete Bedeutung der Verfügungsfunktion des Anspruchs	57
2. Übergeordnete Bedeutung der Subsumtionsfunktion des Anspruchs	58
3. Fehlende Praktikabilität des neuen Anspruchsbegriffs.....	58
II. Modifikation des prozessualen Streitgegenstandsbegriffs	59
III. Zwischenergebnis	60
D. Ergebnisse zur Theorie der Anspruchsnormenkonkurrenz.....	60
§ 4 Ergebnisse zum ersten Teil.....	61
2. Teil: Das Konkurrenzverhältnis im Ausland.....	62
§ 5 Das Konkurrenzverhältnis bei französischen Inlandssachverhalten	62
A. Konkurrenzverhältnis zwischen Vertrag und Delikt im materiellen Recht	63
I. Stellung der vertraglichen und deliktischen Haftung im Gesetz.....	64
II. Unterschiede zwischen vertraglicher und deliktischer Haftung	64
III. <i>Non-cumul des responsabilités</i> im materiellen Recht.....	65
1. Grundsatz: Vorrang der vertraglichen Haftung	67
2. Ausnahmen vom Grundsatz.....	68
B. Konkurrenzverhältnis zwischen Vertrag und Delikt im Prozessrecht.....	69
I. Funktion der Anspruchsgrundlage im französischen Zivilprozess	69
1. Anspruchsgrundlage und Rechtskraft (<i>autorité de la chose jugée</i>)	70

a) Rechtskraftbeschränkung auf verhandelte Anspruchsgrundlagen	70
b) <i>Non-cumul</i> als materiell-rechtliche Auflösung des Konkurrenzverhältnisses	71
c) Rechtskrafterstreckung auf nicht verhandelte Anspruchsgrundlagen	71
2. Anspruchsgrundlage und Rechtshängigkeit (<i>litispendance</i>)	72
II. Konkretisierung der Anspruchsgrundlage im französischen Zivilprozess	73
1. Kläger stützt sich auf vertragliche oder deliktische Grundlage	73
2. Kläger benennt weder vertragliche noch deliktische Grundlage	74
3. Prozesstaktik: Primär vertragliche, subsidiär deliktische Grundlage	76
C. Ausblick: Die <i>réforme de la responsabilité civile</i>	76
D. Ergebnisse zu französischen Inlandssachverhalten	78

3. Teil: Grenzüberschreitende Anspruchskonkurrenz im Unionsrecht..... 79

§ 6 Anspruchskonkurrenz im europäischen Internationalen Privatrecht..... 79

A. Rechtsquellen des europäischen Internationalen Privatrechts	79
I. Die Hierarchie der Kollisionsnormen im europäischen Mehrebenensystem	80
II. Historische Entwicklung des europäischen Internationalen Privatrechts	81
III. Autonome und einheitliche Auslegung der unionalen Rechtsquellen	82
IV. Exkurs: Bedeutung und Interpretation der Rechtsprechung des EuGH	83
1. Rechtsprechung des EuGH nur Rechtserkenntnisquelle	83
2. Einzelfallbezogene Begriffsbildung durch den EuGH	84
3. Bedeutung der französischen Sprachfassung eines Urteils	85
B. Prinzipien des europäischen Internationalen Privatrechts	86
I. Anknüpfung an den Sitz des Rechtsverhältnisses	86
1. Der Begriff des Rechtsverhältnisses bei <i>Savigny</i>	87
2. Perspektivwechsel für das Internationale Privatrecht	88

a) Differenzierung nach „eigenthümlicher Natur“ des Rechtsverhältnisses	89
b) Ideal der Einheitlichkeit des Rechtsverhältnisses	89
c) Zweck der Herstellung räumlicher Gerechtigkeit	90
3. Rechtsverhältnis als heutiger Qualifikationsgegenstand	90
a) Abhängigkeit des Rechtsverhältnisses vom Sachrecht....	91
b) Verschiedenheit des Rechtsverhältnisses vom Sachrecht	92
c) Rechtsverhältnis und grenzüberschreitender Lebenssachverhalt.....	92
II. Besonderheiten des europäischen Internationalen Privatrechts.....	93
1. Rechtswahlfreiheit.....	94
2. Starre Anknüpfungsregeln.....	95
3. Verdrängung des Prinzips der engsten Verbindung	95
a) Überlagerung durch materielle Wertungen.....	96
b) Eingriffsnormen und <i>ordre public</i>	96
c) Anerkennungsmethode.....	97
III. <i>Dépeçage</i> des grenzüberschreitenden Lebenssachverhalts	97
1. <i>Dépeçage</i> als dem Verweisungssystem grundsätzlich immanentes Ergebnis	98
2. Anwendbare Konkurrenzregel im Fall eines <i>dépeçage</i>	99
a) Keine Konkurrenzregel außerhalb von Vertrags- und Deliktsstatut.....	99
b) Vorrang der Konkurrenzregel des Vertrags- oder des Deliktsstatuts?.....	100
c) Sonderfall übereinstimmender Konkurrenzregeln beider Statute	101
d) Divergierende Konkurrenzregeln beider Statute.....	101
3. Rechtsunsicherheit als Folge	101
IV. Zwischenergebnis	102
C. <i>Dépeçage</i> zwischen Vertrag und Delikt im Internationalen Privatrecht.....	102
I. Kein <i>dépeçage</i> bei einheitlicher Qualifikation	103
II. Kein <i>dépeçage</i> bei Verweisung auf dieselbe Rechtsordnung...	104
1. Wahl desselben Rechts für Vertrags- und Deliktsstatut	104
a) Voraussetzungen der Wahl des Vertragsstatuts	104
aa) Wirksamer Verweisungsvertrag.....	104
bb) Exkurs: Vertragsstatutsinterner <i>dépeçage</i>	105
b) Voraussetzungen der Wahl des Deliktsstatuts	106
aa) Keine Wahl des Deliktsstatuts <i>ex ante</i> für Verbraucher und Arbeitnehmer	106

bb) Keine Wahl des Deliktsstatuts <i>ex ante</i> durch AGB	107
c) Zwischenergebnis	108
2. Objektiv einheitliches Vertrags- und Deliktsstatut	108
III. Kein <i>dépeçage</i> bei akzessorischer Anknüpfung des Deliktsstatuts	109
1. Abgrenzung der beiden Sätze des Art. 4 Abs. 3 Rom II- VO	109
a) Ausnahmenvorschrift vs. Regelanknüpfung	109
aa) Art. 4 Abs. 3 S. 1 Rom II-VO als Ausnahmenvorschrift	110
bb) Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO als Regelanknüpfung	110
b) Räumliche Gerechtigkeit vs. sachrechtliche Harmonie	112
aa) Räumliche Gerechtigkeit gemäß Art. 4 Abs. 3 S. 1 Rom II-VO	112
bb) Verhinderung von Anpassungsproblemen gemäß Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO	113
c) Zwischenergebnis	114
2. Voraussetzungen des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO im Einzeln	114
a) „Engere Verbindung“ mit anderem Staat	115
b) „Vertrag oder anderes Rechtsverhältnis“	115
aa) „Vertrag“ als vom Sachrecht abhängiger Begriff? ..	116
bb) „Vertrag“ als feststehender internationalprivatrechtlicher Begriff	117
c) „Enge Verbindung“ von Vertrag und Delikt	117
aa) Sachrechtliches Konkurrenzverhältnis als Kriterium?	118
bb) Einheitlicher Lebenssachverhalt als Kriterium	119
d) „Zwischen den Parteien“	120
e) Zwischenergebnis	121
3. Anwendung des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO bei vertraglicher Rechtswahl	121
a) Lösungsvorschläge in der Literatur	121
b) Rechtsauffassung des EuGH in der Rs. <i>Verein für Konsumenteninformation</i>	122
aa) Sachverhalt	122
bb) Entscheidung des EuGH	123
c) Stellungnahme	124
aa) Wertung des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO als Ausgangspunkt	124

bb) Keine Überlagerung dieser Wertung durch Art. 14 Rom II-VO	125
(i) Kein Ermessen gemäß Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO	125
(ii) Keine teleologische Reduktion des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO	125
cc) Schutz des Schwächeren durch Vorschriften der Rom I-VO	126
IV. Ergebnis: Kaum verbleibende Fälle des <i>dépeçage</i>	127
D. Ergebnisse zum europäischen Internationalen Privatrecht	127
§ 7 Anspruchskonkurrenz im europäischen Internationalen Zuständigkeitsrecht	128
A. Rechtsquellen des europäischen Internationalen Zuständigkeitsrechts	128
I. Hierarchie der Zuständigkeitsnormen im europäischen Mehrebenensystem	128
II. Die Entwicklung der Brüssel Ia-VO	129
1. Das EuGVÜ	129
2. Die Brüssel I-VO	130
3. Die Brüssel Ia-VO	131
4. Abgrenzung zum Lugano-Übereinkommen	132
III. Einheitliche Rechtsprechung zu unterschiedlichen Rechtsakten	133
B. Prinzipien des europäischen Internationalen Zuständigkeitsrechts	133
I. Grundsatz des <i>actor sequitur forum rei</i>	133
II. Besondere Gerichtsstände als Ausnahme vom Grundsatz	134
1. Sach- und Beweisnähe als Zweck der besonderen Gerichtsstände	134
2. Abwägung zugunsten des Prinzips der Vorhersehbarkeit ...	135
3. Einschränkende Auslegung der besonderen Gerichtsstände?	136
III. Autonomer zuständigkeitsrechtlicher Vertrags- und Deliktsbegriff	137
C. <i>Dépeçage</i> zwischen Vertrag und Delikt im Zuständigkeitsrecht ...	137
I. Rs. <i>Kalfelis</i> : Zuständigkeit nur für Klageteile	138
1. Sachverhalt	138
2. Entscheidung des EuGH	138
a) Zuständigkeit nur für deliktischen Klageteil	139
b) Abgrenzende Definition des Delikts	139
3. Konsequenzen für die Anspruchskonkurrenz	140

a) Auf deliktischen Anspruch beschränkte Zuständigkeit	141
b) Bestimmung der Begriffe des Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO	142
c) Verfahren bezüglich konkurrierender, zuständigkeitsfremder Ansprüche	142
II. Der zuständigkeitsrechtliche Vertragsbegriff	142
1. Die freiwillig eingegangene Verpflichtung als notwendige Voraussetzung	143
2. Erweiterung des autonomen Vertragsbegriffs auf Vertrauenstatbestände?	143
III. Rs. <i>Brogitter</i> : Notwendigkeit der Vertragsauslegung als Abgrenzungskriterium	144
1. Sachverhalt	144
2. Entscheidung des EuGH	145
3. Konsequenzen für die Anspruchskonkurrenz	146
IV. Rs. <i>Wikingerhof</i> : Klagestützende Sachnormen als Abgrenzungskriterium	146
1. Sachverhalt	147
2. Entscheidung des EuGH	147
a) Abgrenzungskriterien	148
b) Subsumtion	148
3. Konsequenzen für die Anspruchskonkurrenz	149
V. Bezug des EuGH auf klagestützende Rechtsvorschriften	149
1. Einordnung des Kriteriums in die Rechtsprechungslinie des EuGH	150
2. Qualifikation der Rechtsvorschriften im Klägervortrag	151
a) Verstoß gegen den Grundsatz <i>iura novit curia</i>	152
b) Gefahr der Beklagtenbenachteiligung durch willkürlichen Klägervortrag	153
c) Doppelte Zuständigkeitsprüfung widerspricht Zuständigkeitsklarheit	153
3. Kollisionsrechtliche Prüfung im Rahmen der Zuständigkeit	154
a) Kollisionsrechtsprüfung belastet zuständigkeitsrechtliche Vorhersehbarkeit	154
b) Divergierende Zuständigkeiten bei nichtharmonisiertem Kollisionsrecht	155
4. Widersprüchliche Ausführungen des Generalanwalts in der Rs. <i>Wikingerhof</i>	155
5. Zwischenergebnis	156
VI. Ergebnisse zum <i>dépeçage</i> im europäischen Zuständigkeitsrecht	157

D. Rechtskraft und Rechtshängigkeit bei zuständigkeitsrechtlichem <i>dépeçage</i>	157
I. Entgegenstehende Rechtskraft	158
1. Abgeleiteter oder autonomer europäischer Rechtskraftbegriff?	158
a) Grundsatz der Wirkungserstreckung	158
b) Partieller europäischer Rechtskraftbegriff in der Rs. <i>Gothaer Allgemeine</i>	159
aa) Sachverhalt	159
bb) Entscheidung des EuGH	160
2. Rechtskraftbegrenzung aufgrund des Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO	160
3. Konsequenzen der Rechtskraftbegrenzung für Erst- und Zweitentscheidung	161
a) Tenorierung der Entscheidung eines deutschen Erstgerichts	161
b) Entscheidung des Zweitgerichts	162
4. Zwischenergebnis	164
5. Exkurs: Ausländische Rechtskraft nach autonomem Recht	164
II. Entgegenstehende Rechtshängigkeit	165
1. Konkretisierung des Anspruchsbegriffs gem. Art. 29 Abs. 1 Brüssel Ia-VO	166
a) Rs. <i>Gubisch</i> : Leistungsklage hindert vorgreifliche Feststellungsklage	167
b) Rs. <i>Tatry</i> : Negative Feststellungsklage hindert Leistungsklage	168
c) Rs. <i>Mærsk</i> : Konkretisierung des Anspruchsbegriffs	169
d) Rs. <i>Aertssen</i> : Rechtshängigkeit eines Adhäsionsverfahrens	170
2. Konsequenzen für die Anspruchskonkurrenz	171
a) Begriff desselben Gegenstands (<i>le même objet</i>)	172
b) Begriff derselben Grundlage (<i>la même cause</i>)	173
aa) Dieselbe Grundlage bei identischer materieller Anspruchsgrundlage?	174
bb) Dieselbe Grundlage bei teleologisch-funktionell gleichwertigen Anspruchsgrundlagen?	175
cc) Dieselbe Grundlage bei einheitlichem Lebenssachverhalt	176
3. Zwischenergebnis	178
4. Exkurs: Ausländische Rechtshängigkeit nach autonomem Recht	178
III. Praktische Konsequenzen für die Parteien	179

1. Für die klagende Partei.....	179
2. Für die beklagte Partei.....	180
IV. Ergebnisse zu Rechtskraft und Rechtshängigkeit	181
E. Entwurf eines Lösungsmodells.....	182
I. Leitgedanken zur Begriffsbildung für Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO.....	182
1. Begriffsbildung ohne Rückgriff auf die anwendbaren Sachnormen	182
2. Begriffsbildung ohne Beschränkung auf einzelne materielle Ansprüche.....	182
II. Alternativvorschläge aus der Literatur	183
1. <i>Stadler</i> : Kriterium der freiwillig eingegangenen Sonderbeziehung.....	183
2. <i>Hoffmann</i> : Abgrenzung anhand von Leistungs- und Integritätsinteresse	184
III. Verwirklichung über Wertung des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO	185
1. Inhalt der Wertungsübertragung	185
a) Lebenssachverhalt als Abgrenzungskriterium	186
b) Prüfprogramm für Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO	186
2. Zulässigkeit der Wertungsübertragung	187
a) Gesamtes inneres Unionsrechtssystem kein geeigneter Wertungsmaßstab	187
b) Verordnungsübergreifende Systematik als Ausgangspunkt	188
c) Übertragbarkeit des Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO in die Brüssel Ia-VO	190
d) Vereinbarkeit mit dem Wortlaut des Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO	192
e) Wertungs Offenheit des Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO	193
3. Vorteile der Wertungsübertragung	194
4. Mögliche Einwände.....	194
a) Unbestimmtheit des Begriffs des Lebenssachverhalts ..	194
b) Vernachlässigung von Beklagteninteressen.....	195
c) Kein Deliktgerichtsstand bei Anspruchskonkurrenz ...	196
IV. Ergebnisse zum Entwurf des Lösungsmodells	197
§ 8 Ergebnisse zum Unionsrecht	198

4. Teil: Grenzüberschreitende Anspruchskonkurrenz im autonomen Recht.....	199
§ 9 Anspruchskonkurrenz im autonomen Internationalen Privatrecht	199
A. Anwendungsbereich des autonomen Internationalen Privatrechts	199
I. Vertragliche Rechtsverhältnisse	199
II. Deliktische Rechtsverhältnisse	200
B. <i>Dépeçage</i> im autonomen Internationalen Privatrecht	200
I. Wahl desselben Rechts für Vertrags- und Deliktsstatut.....	201
1. Möglichkeit der einheitlichen Rechtswahl.....	201
2. Sachnormverweisung bei Rechtswahl.....	202
II. Objektive Anknüpfung gemäß Art. 40 Abs. 2 und Abs. 1 EGBGB	202
1. Ähnliche Anknüpfungsmomente wie Rom II-VO.....	202
2. Gesamtverweisung im autonomen Internationalen Privatrecht.....	203
3. Konsequenzen für die Anspruchskonkurrenz.....	204
III. Akzessorische Anknüpfung gemäß Art. 41 Abs. 2 Ziff. 1 Fall 1 EGBGB	204
IV. Zwischenergebnis	205
C. Ergebnisse zum autonomen Internationalen Privatrecht	205
§ 10 Anspruchskonkurrenz im autonomen Internationalen Zuständigkeitsrecht	206
A. Anwendungsbereich des autonomen Internationalen Zuständigkeitsrechts	206
I. Verbleibender Anwendungsbereich des autonomen Zuständigkeitsrechts	206
II. Doppelfunktionalität der Regelungen zur örtlichen Zuständigkeit.....	207
III. Funktionelle Unterschiede von internationaler und örtlicher Zuständigkeit.....	208
B. <i>Dépeçage</i> im autonomen Internationalen Zuständigkeitsrecht	209
I. RG: Besondere Zuständigkeit bei materiellem Streitgegenstandsbegriff	209
II. BGH vor 2002	210
III. Begriff der richterlichen Kognitionsbefugnis.....	211
1. Kognition als richterlicher Erkenntnisvorgang	211
2. Grundsatz: Kognitionsbefugnis bezüglich des gesamten Streitgegenstands	212

3. Ausnahme: Kognitionsbefugnis bezüglich einzelner Streitgegenstandsteile.....	213
IV. BGH seit 2002	214
1. Vom Kläger vorgetragener Lebenssachverhalt als Beurteilungsgrundlage	215
2. Qualifikation deutscher materieller Ansprüche.....	216
a) Prüfung des § 29 ZPO.....	217
b) Prüfung des § 32 ZPO.....	218
3. Konsequenzen der beschränkten internationalen Kognitionsbefugnis	219
V. Stellungnahme	220
1. Widerspruch zum herrschenden Streitgegenstandsbegriff..	220
a) Richterliche Entscheidung und Rechtskraft.....	221
aa) Beispielsfall: „Unaufgeklärte Selbstinjektion“.....	221
bb) Zweck und Wirkweise der materiellen Rechtskraft	222
cc) Stattgebendes Ersturteil und beschränkte Kognitionsbefugnis.....	223
dd) Abweisendes Ersturteil und beschränkte Kognitionsbefugnis.....	223
b) Entgegenstehende Rechtshängigkeit	225
aa) Zweck und Wirkweise der entgegenstehenden Rechtshängigkeit	225
bb) Entgegenstehende Rechtshängigkeit und beschränkte Kognitionsbefugnis	226
c) Zwischenergebnis	227
2. Widerspruch zur Prozessökonomie.....	228
3. Keine Gefahr der Zuständigkeitserschleichung.....	230
4. Übertragung der Wertung des Art. 41 Abs. 2 Ziff. 1 Fall 1 EGBGB?	230
C. Ergebnisse zum autonomen Internationalen Zuständigkeitsrecht..	231
§ 11 Ergebnisse zum autonomen Recht	232
Schlussbetrachtung.....	233
Gesamtergebnisse in Thesenform.....	235
Literaturverzeichnis.....	237
Sachregister.....	305